

**Muster einer Abfallwirtschaftssatzung
des Landkreistags Baden-Württemberg**

Stand: 22.12.2022

Az.: 720.10

**M U S T E R
einer Abfallwirtschaftssatzung**

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung
- § 2 Entsorgungspflicht
- § 3 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 4 Ausschluss von der Entsorgungspflicht
- § 5 Abfallarten
- § 6 Auskunftspflicht und Nachweispflicht, Duldungspflichten

II. Einsammeln und Befördern der Abfälle

- § 7 Formen des Einsammelns und Beförderns
- § 8 Bereitstellung der Abfälle
- § 9 Getrenntes Einsammeln von Abfällen zur Verwertung
- § 10 Getrenntes Einsammeln von schadstoffbelasteten Abfällen aus privaten Haushaltungen
- § 11 Getrenntes Einsammeln von Elektro- und Elektronik-Altgeräten
- § 12 Zugelassene Abfallgefäße, Behälterausstattung, Behältergemeinschaft
- § 13 Abfuhr von Abfällen
- § 14 Sonderabfuhren
- § 15 Einsammeln von gewerblichen Siedlungsabfällen
- § 16 Störungen der Abfuhr
- § 17 Eigentumsübergang

III. Entsorgung der Abfälle

§ 18 Abfallentsorgungsanlagen

§ 19 Benutzung der Entsorgungsanlagen durch Selbstanliefernde

IV. Härtefälle

§ 20 Befreiungen

V. Benutzungsgebühren

Fassung: Haushaltstarif (HT)

§ 21 Grundsatz, Umsatzsteuer

§ 22 Gebührenschildner

§ 23 Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen, die der Landkreis einsammelt

§ 24 Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen

§ 25 Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses; Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschild

§ 26 Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

Fassung: Gefäßtarif (GT)

§ 21 Grundsatz, Umsatzsteuer

§ 21 Gebührenschildner

§ 23 Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen, die der Landkreis einsammelt

§ 24 Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen

§ 25 Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses; Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschild

§ 26 Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

Fassung: Grundstücksbezogener Personentarif (GPT)

§ 21 Grundsatz, Umsatzsteuer

§ 22 Gebührenschildner

§ 23 Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen, die der Landkreis einsammelt

§ 24 Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen

§ 25 Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses; Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschild

§ 26 Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

VI. Sonderregelungen für Gemeinden, denen der Landkreis die Aufgabe des Einsammelns und Beförderns der Abfälle übertragen hat (§ 2 Abs. 6)

§ 27 Pflicht zur Überlassung der Abfälle

§ 28 Abgabe für die Entsorgung der von den Gemeinden nach § 2 Abs. 6 eingesammelten Abfälle

§ 29 Abgabeschuldner, Entstehung und Fälligkeit der Abgabeschuld

VII. Schlussbestimmungen

§ 30 Ordnungswidrigkeiten

§ 31 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

M U S T E R
einer Abfallwirtschaftssatzung

S a t z u n g
über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen
(Abfallwirtschaftssatzung)

Aufgrund von

- § 3 Abs. 1 Satz 1 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (Landkreisordnung – LKrO)*,
- §§ 17 Abs. 1, 20 Abs. 1 Satz 1 und 22 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG)
- §§ 9 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetzes (LKreiWiG)
- §§ 2 Abs. 1 bis 4, 13 Abs. 1 und 3, 14, 15 und 18 des Kommunalabgabengesetzes (KAG)

hat der Kreistag des Landkreises

am folgende Satzung beschlossen:

* *Analoge Geltung für Anstalten des öffentlichen Rechts.*

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung

- (1) Jede Person soll durch ihr Verhalten zur Verwirklichung der Zwecke des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) beitragen, nämlich die Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen zu fördern und den Schutz von Mensch und Umwelt bei der Erzeugung und Bewirtschaftung von Abfällen sicherzustellen (§ 1 Abs. 1 KrWG). Dabei stehen nach § 6 Abs. 1 KrWG die Maßnahmen der Vermeidung und der Abfallbewirtschaftung in folgender Rangfolge:
1. Vermeidung,
 2. Vorbereitung zur Wiederverwendung,
 3. Recycling,
 4. sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung,
 5. Beseitigung.
- (2) Abfälle sind so zu überlassen, dass ein möglichst großer Anteil zur Wiederverwendung vorbereitet, recycelt oder sonst verwertet werden kann.
- (3) Der Landkreis informiert und berät die Abfallerzeugerinnen und Abfallerzeuger über Möglichkeiten der Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, möglichst hochwertigen Verwertung, Trennung und Beseitigung von Abfällen.

§ 2

Entsorgungspflicht

- (1) Der Landkreis als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger betreibt im Rahmen der Überlassungspflichten nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG und seiner Pflichten nach § 20 KrWG die Entsorgung der in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle als öffentliche Einrichtung.*
- (2) Der Landkreis entsorgt Abfälle im Rahmen der Verpflichtung nach § 20 Abs. 1 KrWG, soweit die Entsorgung bestimmter Abfälle nicht gemäß Absatz 5 auf die Gemeinden übertragen ist. Abfälle, die außerhalb des Gebietes des Landkreises angefallen sind, dürfen dem Landkreis nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung überlassen werden.** Überlassen sind mit Ausnahme der in § 4 genannten Stoffe
1. zu den bekannt gemachten Abfuhrzeiten an den dafür bestimmten Stellen in der vorgeschriebenen Form zur Abholung bereitgestellte Abfälle, sobald sie auf das Sammelfahrzeug verladen sind,

2. Abfälle, die von dem Besitzer oder der Besitzerin oder einem oder einer Beauftragten unmittelbar zu den Abfallentsorgungsanlagen befördert und dem Landkreis dort während der Öffnungszeiten übergeben werden,
3. Abfälle mit der Übergabe an den stationären Sammelstellen oder mit dem Einfüllen in die aufgestellten öffentlichen Sammelbehälter (Depotcontainer),
4. schadstoffbelastete Abfälle aus privaten Haushaltungen mit der Übergabe an den stationären oder mobilen Sammelstellen.

- (3) Die Entsorgungspflicht umfasst auch die in unzulässiger Weise abgelagerten Abfälle im Sinne von § 20 Abs. 4 KrWG und § 9 Abs. 3 LKreiWiG.
- (4) Die Gemeinden unterstützen den Landkreis bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach den Kreislaufwirtschaftsgesetzen, weiteren abfallrechtlichen Bestimmungen und dieser Satzung; sie überlassen dem Landkreis die für die Erfassung und Veranlagung der Zahlungspflichtigen erforderlichen Unterlagen und Informationen.
- (5) Der Landkreis kann Dritte mit der Erfüllung seiner Pflichten beauftragen.
- (6) Der Landkreis hat aufgrund von § 6 Abs. 2 LAbfG (in der bis zum 30.12.2020 geltenden Fassung) übertragen auf die folgenden Gemeinden:
 - a) das Einsammeln und Befördern von Abfällen,
 - b) die Verwertung von Bio- und Grünabfällen,
 - c) die Entsorgung von Klärschlamm,
.....
 - d) die Entsorgung von Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch, soweit diese nicht oder nur gering durch Schadstoffe verunreinigt sind

Die genannten Gemeinden erlassen eine Satzung über die Erledigung dieser Aufgaben. Die entsprechenden Regelungen der Satzung des Landkreises finden insoweit keine Anwendung.

Die Aufgabenübertragung nach § 6 Abs. 2 LAbfG gilt gem. § 6 Abs. 4 LKreiWiG in Verbindung mit § 72 Abs. 1 KrWG fort.

-
- * Die Landkreise im Bereich des Verbands Region Stuttgart haben die Zuständigkeitsverteilung des § 7 LKreiWiG zu berücksichtigen; ihnen wird empfohlen, folgenden Satz 3 anzufügen:
"Hinsichtlich der Zuständigkeit des Verbands Region Stuttgart als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (mineralische Abfälle der Deponieklasse II, verunreinigter Bodenaushub) gilt § 7 LKreiWiG".
- ** Hinweis für den Abfallbesitzer: Notwendig ist auch die Zustimmung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, in dessen Gebiet die Abfälle angefallen sind.
-

§ 3

Anschluss- und Benutzungszwang*

- (1) Die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, denen Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer, Wohnungserbbauberechtigte, Nießbraucherinnen und Nießbraucher und sonstige zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte gleichstehen, sind berechtigt und im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung anzuschließen, diese zu benutzen und die auf ihren Grundstücken anfallenden Abfälle der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen.
- (2) Die Verpflichtung nach Absatz 1 trifft auch die sonst zur Nutzung des Grundstücks Berechtigten (z. B. Mieterinnen und Mieter, Pächterinnen und Pächter) oder die das Grundstück tatsächlich nutzenden Personen sowie die Abfallbesitzerinnen und -besitzer, insbesondere Beförderer.
- (3) Die Verpflichtungen nach Absatz 1 und 2 gelten nicht
 1. für die Entsorgung pflanzlicher Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung der Landesregierung über die Beseitigung pflanzlicher Abfälle außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen, in der jeweils gültigen Fassung, zugelassen ist.
 2. für Bioabfälle aus privaten Haushaltungen, wenn die Verpflichteten zu einer Verwertung auf den von ihnen im Rahmen ihrer privaten Lebensführung genutzten Grundstücken in der Lage sind und diese beabsichtigen.

* *Entsprechend der jeweiligen Entsorgungskonzeption und deren Anforderungen an die zu behandelnden Abfälle sind gegebenenfalls Trennpflichten, beispielsweise für thermisch behandelbare bzw. nicht thermisch behandelbare Abfälle oder für Abfälle zur mechanisch-biologischen Behandlung aufzunehmen.*

§ 4

Ausschluss von der Entsorgungspflicht

- (1) Von der Abfallentsorgung sind die in § 2 Abs. 2 KrWG genannten Stoffe, mit Ausnahme von Küchen- und Speiseabfällen aus privaten Haushaltungen, ausgeschlossen.
- (2) Außerdem sind folgende Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen ausgeschlossen:
 1. Abfälle, die Gefahren oder erhebliche Belästigungen für das Betriebspersonal hervorrufen können, insbesondere

- a) Abfälle, von denen bei der Entsorgung eine toxische oder anderweitig schädigende Wirkung zu erwarten ist,
 - b) leicht entzündliche, explosive oder radioaktive Stoffe im Sinne der Strahlenschutzverordnung,
 - c) nicht gebundene Asbestfasern,
 - d) Abfälle, die in besonderem Maße gesundheitsgefährdend sind und Gegenstände, die aufgrund von § 17 des Infektionsschutzgesetzes behandelt werden müssen,
2. Abfälle, bei denen durch die Entsorgung wegen ihres signifikanten Gehaltes an toxischen, langlebigen oder bioakkumulativen organischen Substanzen eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu besorgen ist,
3. Abfälle, die Gefahren für die Entsorgungsanlagen oder ihre Umgebung hervorrufen oder schädlich auf sie einwirken können oder die in sonstiger Weise den Ablauf des Entsorgungsvorgangs nachhaltig stören oder mit den vorhandenen Gerätschaften in der Entsorgungsanlage nicht entsorgt werden können, insbesondere
- a) Flüssigkeiten,
 - b) schlammförmige Stoffe mit mehr als ... % Wassergehalt,
 - c) Kraftfahrzeugwracks und Wrackteile,
 - d) Abfälle, die durch Luftbewegung leicht verweht werden können, soweit sie in größeren als haushaltsüblichen Mengen anfallen,
4. gefährliche Abfälle im Sinne von § 3 Abs. 5 KrWG in Verbindung mit § 3 Abs. 1 der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV), die nach § 2 Abs. 1 der Sonderabfallverordnung (SAbfVO) angedient werden müssen,
5. organische Küchen- und Speiseabfälle, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in privaten Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können,
6. Elektro- und Elektronik-Altgeräte, soweit deren Beschaffenheit und Menge nicht mit der Beschaffenheit und Menge von üblicherweise in privaten Haushaltungen anfallenden Altgeräten vergleichbar sind,
7. Elektro- und Elektronik-Altgeräte, die aufgrund einer Verunreinigung eine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit von Menschen darstellen.
- (3) § 20 Abs. 4 KrWG und § 9 Abs. 3 LKreiWiG bleiben unberührt.
- (4) Abfälle sind von der Entsorgung ausgeschlossen, soweit diese der Rücknahmepflicht aufgrund einer nach § 25 KrWG erlassenen Rechtsverordnung oder aufgrund eines Gesetzes unterliegen und entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen.

- (5) Darüber hinaus kann der Landkreis mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die wegen ihrer Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können, im Einzelfall von der öffentlichen Entsorgung ganz oder teilweise ausschließen.
- (6) Die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haben zu gewährleisten, dass die ausgeschlossenen Abfälle nicht dem Landkreis zur Entsorgung überlassen werden. Das gleiche gilt für die Gemeinden, denen nach § 6 Abs. 2 LAbfG (in der bis zum 30.12.2020 geltenden Fassung) das Einsammeln und Befördern der Abfälle durch Vereinbarung übertragen worden ist und für jeden Anliefernden.

§ 5 **Abfallarten***

- (1) **Abfälle aus privaten Haushaltungen** sind Abfälle, die in privaten Haushaltungen im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallorten wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.
- (2) **Hausmüll** sind Abfälle aus privaten Haushaltungen, die von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern selbst oder von beauftragten Dritten in genormten, im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behältern regelmäßig eingesammelt, transportiert und der weiteren Entsorgung zugeführt werden.
- (3) **Gewerbliche Siedlungsabfälle** sind Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Anlage der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis vom 10.12.2001 (BGBl. I, S. 3379) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt sind, insbesondere
 - a) gewerbliche und industrielle Abfälle sowie
 - b) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Absatz 1 genannten Abfälle,die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich sind.
- (4) **Hausmüllähnliche gewerbliche Siedlungsabfälle** sind Abfälle im Sinne von Absatz 3, soweit sie nach Art und Menge gemeinsam mit oder wie Hausmüll eingesammelt werden können und nicht nach Maßgabe dieser Satzung getrennt zu überlassen sind.

- (5) **Sperrmüll** sind feste Abfälle, die wegen ihrer Sperrigkeit auch nach zumutbarer Zerkleinerung nicht in die im Entsorgungsgebiet vorgeschriebenen Behälter passen und getrennt von anderen Abfällen nach § 14 Abs. 1 eingesammelt werden.
- (6) **Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe)** sind z.B. Glas, Weißblech, Aluminium, Papier, Kartonnagen, Styropor, Schrott, Altreifen, Kork, Holz, Textilien, Kunststoffe.
- (7) **Bioabfälle** sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende Abfälle i.S.v. § 3 Abs. 7 KrWG. **
- (8) **Garten- und Grünabfälle** sind pflanzliche Abfälle, die auf Garten- und Grünflächen anfallen. **
- (9) **Schrott und Altmetall** sind Gegenstände aus Metall oder Teile hiervon, soweit sie nicht unter Absatz (10) fallen. Zum Schrott zählen insbesondere
- (10) **Elektro- und Elektronikaltgeräte** sind Altgeräte im Sinne von § 3 Nr. 3 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG).
- (11) **Bauschutt und Mineralik** sind mineralische Stoffe aus Bautätigkeiten, auch mit geringfügigen Fremdanteilen sowie sonstige mineralische Gegenstände des täglichen Lebens.
- (12) **Bodenaushub** ist nicht kontaminiertes, natürlich gewachsenes oder bereits verwendetes Erd- oder Felsmaterial.
- (13) **Baustellenabfälle** sind nicht mineralische Stoffe aus Bautätigkeiten, auch mit geringfügigen Fremdanteilen.
- (14) **Straßenaufbruch** sind mineralische Stoffe, die hydraulisch, mit Bitumen oder Teer gebunden oder ungebunden im Straßenbau verwendet werden.
- (15) **Schadstoffbelastete Abfälle** sind üblicherweise in privaten Haushaltungen anfallende Kleinmengen von Abfällen, die bei der Entsorgung Nachteile für Personen, Umwelt, Anlagen oder Verwertungsprodukte hervorrufen können. Dazu zählen insbesondere Pflanzenschutz-, Schädlingsbekämpfungsmittel, Stoffe mit hohen Lösungsmittelanteilen, Chemikalienreste, Batterien, Akkumulatoren, aggressive chlorhaltige Reiniger, Säuren, Laugen, Salze, Gips, Bauschutt mit gipshaltigen Stoffen oder asbestzementhaltigen Materialien.

* *Der Abfallartenkatalog ist weder abschließend noch in der vorliegenden Fassung zwingend. Definitionen der Abfallarten sind in der jeweiligen Satzung nur erforderlich, soweit Satzungsbestimmungen an die Begriffe anknüpfen. Dies können auch Gebührentatbestände sein.*

** *Entsprechend der jeweiligen Entsorgungskonzeption für Bioabfälle und deren Anforderungen an die zu behandelnden Abfälle sind gegebenenfalls weitere Ergänzungen aufzunehmen. Dazu können auch weitere Unterscheidungen in kompostierbare, vergärbare und energetisch verwertbare Anteile oder konkrete Aufzählungen von bestimmten Abfallsorten (z. B. Häckselgut)*

gehören. Dies gilt auch für Garten- und Grünabfälle, Park- und Friedhofsabfälle und Landschaftspflegeabfälle.

§ 6

Auskunfts- und Nachweispflicht, Duldungspflichten

- (1) Die Anschluss- und Überlassungspflichtigen (§ 3) sowie Selbstanliefernde und Beauftragte (§ 19) sind zur Auskunft über Art, Beschaffenheit und Menge des Abfalls sowie über den Ort des Anfalls verpflichtet. Sie haben über alle Fragen Auskunft zu erteilen, welche das Benutzungsverhältnis und die Gebührenerhebung betreffen. Insbesondere sind sie zur Auskunft über die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner des Grundstücks sowie über Zahl und Größe der bereitgestellten Abfallbehälter verpflichtet. Der oder die zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie oder ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.
- (2) In Zweifelsfällen hat der oder die Überlassungspflichtige nachzuweisen, dass es sich nicht um von der Entsorgungspflicht ausgeschlossene Stoffe handelt. Solange der erforderliche Nachweis nicht erbracht ist, kann der Abfall zurückgewiesen werden.
- (3) Die Eigentümerinnen und Eigentümer und Besitzerinnen und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind gemäß § 19 Abs. 1 KrWG verpflichtet, das Aufstellen von zur Erfassung notwendiger Behältnisse sowie das Betreten des Grundstücks zum Zwecke des Einsammelns und zur Überwachung des Getrennthaltens und Verwertung von Abfällen zu dulden. Dies gilt gemäß § 19 Abs. 2 KrWG entsprechend für Rücknahme- und Sammelsysteme, die zur Durchführung von Rücknahmepflichten auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG erforderlich sind.

II. E i n s a m m e l n u n d B e f ö r d e r n d e r A b f ä l l e

§ 7

Formen des Einsammelns und Beförderns

Die vom Landkreis zu entsorgenden Abfälle werden eingesammelt und befördert

1. durch den Landkreis oder von ihm beauftragte Dritte, insbesondere private Unternehmen,
 - a) im Rahmen des Holsystems oder
 - b) im Rahmen des Bringsystems.
2. durch die Abfallerzeugerinnen und -erzeuger oder die Besitzerinnen und Besitzer selbst oder ein von ihnen beauftragtes Unternehmen (Selbstanliefernden § 19).

§ 8

Bereitstellung der Abfälle

- (1) Abfälle, die der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG unterliegen und die der Landkreis einzusammeln und zu befördern hat, sind nach Maßgabe dieser Satzung zur öffentlichen Abfallabfuhr bereitzustellen oder zu den stationären Sammelstellen (Depotcontainerstandorte, Recyclinghöfe oder Wiederverwertungsstationen) zu bringen und dort in die dafür vorgesehenen Sammelbehälter einzuwerfen. Sowohl bei mobilen als auch stationären Sammlungen sind schadstoffbelastete Abfälle dem Personal zu übergeben.
- (2) Die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haben die Grundstücke/Haushaltungen/Arbeitsstätten, die erstmals an die öffentliche Abfallabfuhr anzuschließen sind, beim Landkreis schriftlich anzumelden und die für die Überlassung der Abfälle, die der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und Abs. 2 KrWG unterliegen und zur öffentlichen Abfuhr bereitgestellt werden, erforderlichen Abfallgefäße beim Landkreis schriftlich oder elektronisch nach Maßgabe von § 12 anzufordern (oder anzumelden). Die Verpflichtung des Landkreises zum Einsammeln und Befördern der Abfälle beginnt frühestens zwei Wochen nach der Anmeldung; im Einzelfall kann der Landkreis auf Antrag diese Frist verkürzen.
- (3) Fallen auf einem Grundstück Abfälle, die der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG unterliegen, nur unregelmäßig oder saisonbedingt an, sind Beginn und Ende des Anfalls dem Landkreis spätestens zwei Wochen vorher schriftlich unter Angabe von Art und Menge anzuzeigen.
- (4) Vom Einsammeln und Befördern sind neben den in § 4 genannten Abfällen ausgeschlossen:

1. Abfälle, die besondere Gefahren oder schädliche Einwirkungen auf die Abfallgefäße oder die Transporteinrichtungen hervorrufen oder die wegen ihrer Größe oder ihres Gewichts nicht auf die vorhandenen Fahrzeuge verladen werden können,
 2. Abfälle, die nach den Regelungen dieser Satzung auf den Entsorgungsanlagen des Landkreises selbst angeliefert werden müssen,
 3. Sperrmüll, der nach Art und Menge üblicherweise nicht in privaten Haushaltungen anfällt,
 4. Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch und Baustellenabfälle.
- (5) Die Abfallgefäße dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sich der Deckel mühelos schließen lässt. Das Einfüllen von Abfällen in heißem Zustand ist nicht erlaubt. Einstampfen und Pressen von Abfällen in die Abfallgefäße sind nicht gestattet.
- (6) Der Landkreis kann in besonderen Fällen den Zeitpunkt, die Art und den Ort der Bereitstellung und die Art und Weise der Überlassung der Abfälle im Einzelfall bestimmen.

§ 9

Getrenntes Einsammeln von Abfällen zur Verwertung

- (1) Folgende Bioabfälle dürfen nicht im Restabfallbehälter bereitgestellt werden, sondern sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG getrennt von anderen Abfällen in der Biotonne (z. B. Braune Tonne*) bereitzustellen (Holsystem):

z. B.: organische Abfälle aus privaten Haushaltungen
(z. B. Speisereste, Obst-, Nuss- und Eierschalen usw.),
Grünabfälle (z. B. Laub, Rasenschnitt, Gartenabfälle, Baum-, Strauch- und Hecken-
schnitt, sonstige biologisch abbaubare Pflanzenabfälle usw.),
Eierpappkartons, Sägespäne von unbehandeltem Holz
.....

- (2) Folgende Abfälle zur Verwertung gemäß § 5 Abs. 6 dürfen nicht im Restabfallbehälter bereitgestellt werden, sondern sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG zu den Sammelstellen (z. B. Recyclinghöfe, Depotcontainerstandorte) zu bringen; Sammelbehälter sind zu benutzen (Bringsystem):

Die Standorte und Annahmezeiten der stationären Sammelstellen werden vom Landkreis bekannt gegeben.

- (3) Folgende Abfälle zur Verwertung dürfen nicht im Restabfallbehälter bereitgestellt werden, sondern sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG in der Wert-

stofftonne (z. B. Grüne Tonne, Mehrkammer-Abfallbehälter) oder im Gelben Sack/in der Gelben Tonne (oder einem anderen durch das jeweilige Duale System verwendeten Behälter)** bereitzustellen (Holsystem):

z. B. verpackungsgleiche Wertstoffe
 (Kunststoffe, Verbundstoffe, Styropor)

- (4) Außerdem können im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG
1. Garten- und Grünabfälle - ohne von der Bakterienkrankheit "Feuerbrand" befallene Pflanzenteile - zu den Kompostier- und Häckselplätzen angeliefert oder zu der Gartenabfallsammlung/ Baumschnittabfuhr gebündelt bereitgestellt werden,
 2. Altpapier/Kartonagen gebündelt bei den Straßensammlungen bereitgestellt werden,
 3. Schrott
 4. Holzabfälle

* *Die als Beispiele genannten Abfallgefäße und die durch Einrückung herausgehobenen Abfallfraktionen sind vom jeweiligen Satzungsgeber auf das kreisspezifische Sammelsystem abzustimmen und gegebenenfalls zu ergänzen.*

** *Nur möglich auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung mit einem Dualen System.*

§ 10

Getrenntes Einsammeln von schadstoffbelasteten Abfällen aus privaten Haushaltungen

Die nach § 3 Abs. 1 und 2 Berechtigten und Verpflichteten haben die schadstoffbelasteten Abfälle (§ 5 Abs. 15) in Kleinmengen aus privaten Haushaltungen zu den speziellen Sammelfahrzeugen/stationären Sammelstellen zu bringen und dem Personal zu übergeben. Der Landkreis gibt die Standorte und Annahmezeiten der Sammelfahrzeuge/stationären Sammelstellen rechtzeitig bekannt.

§ 11

Getrenntes Einsammeln von Elektro- und Elektronik-Altgeräten

Elektro- und Elektronikaltgeräte (§ 5 Abs. 10) dürfen nicht im Restabfallbehälter bereitgestellt werden; Elektro- und elektronik-Altgeräte aus privaten Haushaltungen sowie aus sonstigen Herkunftsbereichen, soweit die Beschaffenheit und Menge der dort anfallenden Altgeräte mit den

in privaten Haushaltungen anfallenden Altgeräten vergleichbar sind (§ 5 Abs. 10.), können von Endnutzerinnen und -nutzern und Vertreterinnen und Vertreibern bei der vom Landkreis eingerichteten Sammelstelle* angeliefert werden. Dabei sind, soweit zumutbar, die für die Gerätegruppen nach § 14 Abs. 1 S. 1 ElektroG vorhandenen Sammelbehälter zu benutzen. Die Standorte und Annahmezeiten der Sammelstellen werden vom Landkreis bekannt gegeben.

* *Möglich sind auch mehrere Sammelstellen.*

§ 12

Zugelassene Abfallgefäße, Behälterausrüstung, Behältergemeinschaft

- (1) Zugelassene Abfallgefäße sind
1. für die in § 9 Abs. 1 genannten Abfälle: Müllnormeimer* mit
.... (Mindestbehältervolumen) / / l Füllraum (Biotonne);
 2. für die in § 9 Abs. 3 genannten Abfälle: Müllnormeimer* mit
.... / / l Füllraum (Wertstofftonne);
 3. für hausmüllähnliche gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 4): Müllnormeimer* mit
.... (Mindestbehältervolumen) / / l Füllraum (Restabfallbehälter);
 4. Abfallsäcke des Landkreises für Hausmüll und hausmüllähnliche Siedlungsabfälle oder für Bioabfälle in der Größe ...l (Mehrbedarfssäcke) sowie
 5. Umleerbehälter* mit
.... / /.....l Füllraum.
- (2) Die erforderlichen Abfallgefäße nach Absatz 1 Nr. 1 bis 3 und 5 werden vom Landkreis zur Verfügung gestellt. Sie bleiben Eigentum des Landkreises. Werden diese Abfallbehälter nicht mehr zur Bereitstellung von Abfällen zur Überlassung an den Landkreis genutzt, müssen sie abgemeldet und innerhalb eines Monats nach der Abmeldung entleert und gereinigt bei den vom Landkreis genannten Rückgabestellen zurückgegeben werden. Das Entfernen eines Abfallgefäßes vom angemeldeten Grundstück ist nur zulässig, wenn der Landkreis zugestimmt hat. Die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 haften für Schäden durch unsachgemäße Behandlung oder für den selbst verschuldeten Verlust von Abfallgefäßen.**
- (3) Die Abfallgefäße nach Absatz 1 Nr. 1 bis 3 müssen mit einer gültigen Gebührenmarke/Banderole/Transponder (Chip) versehen sein.

- (4) Die Abfallbehälter müssen in technisch einwandfreiem Zustand sein und den hygienischen Anforderungen entsprechen.
- (5) Für jeden Haushalt/jedes Grundstück müssen ausreichend Abfallgefäße – mindestens eine Biotonne nach Absatz 1 Nr. 1, eine Wertstofftonne nach Absatz 1 Nr. 2 sowie ein Restabfallbehälter nach Absatz 1 Nr. 3 – vorhanden sein.*** Die Pflicht zur Nutzung einer Biotonne entfällt nach § 3 Abs. 3 Nr. 2, wenn die Verpflichteten zu einer Verwertung der Bioabfälle auf den von ihnen im Rahmen ihrer privaten Lebensführung genutzten Grundstücken in der Lage sind und diese beabsichtigen. Mehrere Berechtigte und Verpflichtete können auf schriftlichen Antrag Abfallgefäße gemeinsam nutzen (Behältergemeinschaft), wenn das vorhandene Behältervolumen ausreichend ist. Der Antrag muss von allen Berechtigten und Verpflichteten unterzeichnet sein, einen von ihnen zur Zahlung der Behältergebühren/Entleerungsgebühren verpflichten, und regeln, dass der zur Zahlung Verpflichtete allein über die Gefäßausstattung bestimmt. Die übrigen Berechtigten und Verpflichteten sind Gesamtschuldnerinnen bzw. -schuldner. Die Behältergemeinschaft gilt als zugelassen, wenn der Antrag nicht innerhalb eines Monats nach Eingang abgelehnt wird.
- (6) Für Grundstücke, auf denen ausschließlich gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 3) anfallen, sind gemäß § 7 Abs. 2 GewAbfVO in angemessenem Umfang Abfallgefäße nach Absatz 1 Nr. 3 zu nutzen; mindestens ist ein Restabfallbehälter nach Absatz 1 Nr. 3 zu nutzen.
- (7) Für Grundstücke, auf denen sowohl Hausmüll (§ 5 Abs. 2) als auch gewerbliche Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 3) anfallen (gemischt genutzte Grundstücke), ist zusätzlich zu den in Absatz 5 vorgeschriebenen Abfallgefäßen ein Restabfallbehälter nach Absatz 1 Nr. 3 für gewerbliche Siedlungsabfälle bereitzustellen. Sofern die auf einem gemischt genutzten Grundstück anfallenden hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfälle (§ 5 Abs. 4), die zu überlassen sind, nach ihrer Menge regelmäßig in den nach Absatz 5 vorhandenen Abfallbehältern nach Absatz 1 Nr. 3 bereitgestellt werden können, kann der Landkreis auf Antrag die gemeinsame Nutzung der Hausmüllbehälter zulassen. Absatz 5 Sätze 4 bis 6 gelten entsprechend.
- (8) Fallen vorübergehend so viele Abfälle an, dass sie in den zugelassenen Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können, so dürfen neben den Abfallgefäßen nach Absatz 1 nur Abfallsäcke verwendet werden, die bei den vom Landkreis beauftragten Vertriebsstellen gekauft werden können.

* nach DIN EN 840-1 bis 840-6 in der jeweils gültigen Fassung, Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin (maßgebend ist die Fassung der Norm zum Zeitpunkt der Behälterbeschaffung).

** Alternative:

“Die erforderlichen Abfallbehälter sind von den Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 oder 2 auf eigene Kosten zu beschaffen.“

*** Formulierung beim grundstücksbezogenen Personentarif:

“Je Bewohner sind mindestens Gefäßvolumen für Hausmüll von ... l, für Bioabfälle von ... l und für Abfälle zur Verwertung von ... l vorzuhalten.“

§ 13

Abfuhr von Abfällen

(1) Es werden entleert

- | | |
|----------------------------|--------------|
| 1. der Restabfallbehälter: | ... täglich, |
| 2. die Biotonne: | ... täglich, |
| 3. die Wertstofftonne*: | ... täglich |
| 4. die Altpapiertonne | ... täglich. |

Der für die Abfuhr vorgesehene Wochentag wird vom Landkreis bekannt gegeben. Im Einzelfall oder für bestimmte Abfuhrbereiche kann ein längerer oder kürzerer Abstand für die regelmäßige Abfuhr festgelegt werden.

** Nur Wertstofftonnen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Gelbe Tonnen werden an dieser Stelle nur erfasst, wenn die Systeme nach § 3 Abs. 16 VerpackG mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger eine einheitliche Wertstoffsammlung i.S.d. § 22 Abs. 5 VerpackG unter Nutzung der Gelben Tonne vereinbart haben.*

- (2) Die zugelassenen Abfallgefäße müssen von den nach § 3 Abs. 1 und 2 Berechtigten und Verpflichteten am Abfuhrtag bis spätestens 6.00 Uhr* mit geschlossenem Deckel am Rand des Gehweges oder, soweit ein solcher nicht vorhanden ist, am äußersten Straßenrand bereitgestellt sein. Fahrzeuge und zu Fuß Gehende dürfen nicht behindert oder gefährdet werden. Die Entleerung muss ohne Schwierigkeiten und ohne Zeitverlust möglich sein. Der Landkreis kann in besonders gelagerten Fällen den geeigneten Standort bestimmen. Nach der Entleerung sind die Abfallgefäße unverzüglich wieder zu entfernen. Nicht zugelassene bzw. nicht angemeldete Gefäße dürfen nicht zur Abfuhr bereitgestellt werden. Die Abfälle sind in den dem jeweiligen Haushalt oder Grundstück zugeordneten Abfallgefäßen bereitzustellen.
- (3) Umleerbehälter mit ... l Füllraum sind so aufzustellen, dass sie ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust entleert oder abgeholt werden können. Die vorgesehenen Standplätze müssen einen festen Untergrund und einen verkehrssicheren Zugang haben, auf dem die Behälter leicht bewegt werden können. Der Landkreis kann im Einzelfall geeignete Standplätze bestimmen.
- (4) Sind Straßen, Wege oder Teile davon mit den Sammelfahrzeugen nicht befahrbar oder können Grundstücke nur mit unverhältnismäßigem Aufwand angefahren werden, so haben die

Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 die Abfallgefäße an eine durch die Sammelfahrzeuge jederzeit erreichbare Stelle zu bringen.

** Für den Betrieb der Müllfahrzeuge gelten die Betriebsregelungen der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV).*

§ 14

Sonderabfahren

- (1) Sperrmüll, Schrott, Garten- und Grünabfälle werden nach einem vom Landkreis rechtzeitig bekannt gegebenen Abfuhrsystem getrennt von anderen Abfällen ...mal im Jahr eingesammelt.* Der Landkreis gibt die Abfuhrtermine rechtzeitig bekannt.
- (2) Die Abfälle müssen so bereitgestellt sein, dass Fahrzeuge oder zu Fuß Gehende nicht behindert oder gefährdet werden. Die Abfuhr muss ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich sein. Sofern erforderlich, kann der Landkreis den Ort der Bereitstellung bestimmen. Einzelstücke oder gebündelte Abfälle dürfen ein Gewicht von ... kg und Abmessungen von ... m x ... m x ... m nicht überschreiten. Sofern sie wegen ihrer Größe oder ihres Gewichts nicht von der öffentlichen Müllabfuhr abgefahren werden, sind sie bei den (Abfallentsorgungsanlagen) anzuliefern.
- (3) Im Übrigen gelten § 13 Abs. 2 und 4 entsprechend.

** Weitere Sonderabfahren sind denkbar (z. B. Altholz, Elektro- und Elektronik-Altgeräte). Die genaue Durchführung der Sonderabfahren ist vom jeweiligen Satzungsgeber auf das kreis-spezifische Sammelsystem abzustimmen und gegebenenfalls zu ergänzen.*

§ 15

Einsammeln von gewerblichen Siedlungsabfällen

Das Einsammeln von gewerblichen Siedlungsabfällen kann der Landkreis im Einzelfall regeln, soweit es die besonderen Verhältnisse beim Überlassungspflichtigen erfordern. Ist keine abweichende Regelung getroffen, gelten für die hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfälle die für die Abfuhr des Hausmülls maßgeblichen Vorschriften entsprechend.

§ 16

Störungen der Abfuhr

- (1) Können die in §§ 13 bis 15 genannten Abfälle aus einem vom Landkreis zu vertretenden Grund nicht abgefahren werden, so gibt der Landkreis einen Ersatztermin bekannt.
- (2) Bei Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr infolge von Störungen im Betrieb, wegen betriebswichtiger Arbeiten oder wegen Umständen, auf die der Landkreis keinen Einfluss hat, besteht kein Anspruch auf Beseitigung, Nachholung der Abfuhr, Schadensersatz oder Gebührenermäßigung.

§ 17

Eigentumsübergang

Die Abfälle gehen mit dem Verladen auf das Sammelfahrzeug oder mit der Überlassung an einem jedermann zugänglichen Sammelbehälter oder einer sonstigen Sammeleinrichtung in das Eigentum des Landkreises über. Werden Abfälle durch die Besitzerin oder den Besitzer oder für diesen durch einen Dritten zu einer Abfallentsorgungsanlage des Landkreises gebracht, so geht der Abfall mit dem gestatteten Abladen in das Eigentum des Landkreises über. Der Landkreis ist nicht verpflichtet, Abfälle nach verlorenen oder wertvollen Gegenständen zu durchsuchen. Für die Wahrung der Vertraulichkeit, z. B. bei persönlichen Papieren, übernimmt der Landkreis keine Verantwortung.

III. Entsorgung der Abfälle

§ 18

Abfallentsorgungsanlagen

- (1) Der Landkreis betreibt die zur Entsorgung der in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle erforderlichen Anlagen und stellt diese den Kreiseinwohnern und den ihnen nach § 16 Abs. 2 und 3 LKrO gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen sowie den in § 2 Abs. 6 genannten Gemeinden zur Verfügung.
- (2) Der Landkreis ist berechtigt, Abfälle einer anderen Entsorgungsanlage zuzuweisen, falls dies aus Gründen einer geordneten Betriebsführung notwendig ist.
- (3) Bei Einschränkungen oder Unterbrechungen der Entsorgungsmöglichkeiten auf den Abfallanlagen infolge von Störungen im Betrieb, wegen betriebswichtiger Arbeiten, gesetzlicher Feiertage oder wegen Umständen, auf die der Landkreis keinen Einfluss hat, steht den Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 oder 2, den Gemeinden sowie Dritten kein Anspruch auf Anlieferung oder auf Schadensersatz zu.

§ 19

Benutzung der Entsorgungsanlagen durch Selbstanliefernde

- (1) Die Kreiseinwohnerinnen und -einwohner und die ihnen nach § 16 Abs. 2 und 3 LKrO gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen sind berechtigt, Abfälle, die nicht der Abfuhr durch den Landkreis unterliegen, nach Maßgabe dieser Satzung und der Benutzungsordnung selbst anzuliefern (Selbstanliefernde) oder durch Beauftragte anliefern zu lassen.
- (2) Abfälle zur Verwertung, die nach § 9 getrennt von anderen Abfällen bereitzustellen sind, sowie schadstoffbelastete Abfälle (§ 5 Abs. 15), werden nicht zur Beseitigung angenommen. Sie sind von den Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2 oder durch Beauftragte im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG zu den vom Landkreis dafür jeweils bestimmten Anlagen (vom Landkreis betriebene oder ihm zur Verfügung stehende stationäre Sammelstellen und Abfallentsorgungsanlagen einschließlich Zwischenlager, Einrichtungen Privater, die sich gegenüber dem Landkreis zur Rückführung der angelieferten Stoffe in den Wirtschaftskreislauf verpflichtet haben) zu bringen. Der Landkreis informiert die Selbstanliefernden durch Bekanntgabe und auf Anfrage über die Anlagen im Sinne des Satzes 2. Er kann die Selbstanlieferung durch Anordnung für den Einzelfall abweichend von den Sätzen 1 und 2 regeln.

- (3) Abfälle, die bei Bau- und Abbruchmaßnahmen anfallen und nicht nach § 4 von der Abfallentsorgung durch den Landkreis ausgeschlossen sind, müssen im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG nach folgenden Fraktionen getrennt bei den nach Absatz 2 Satz 2 dafür jeweils bestimmten Anlagen angeliefert werden:
1.
 2.
 3.
- (4) Gewerbliche Siedlungsabfälle sind im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 und 2 KrWG nach folgenden Fraktionen getrennt bei den nach Absatz 2 Satz 2 dafür jeweils bestimmten Anlagen anzuliefern:
1.
 2.
 3.
- (5) Die Abfallanlieferung ist nur mit einer Entsorgungszulassung (EZ) des Landkreises zulässig. Besteht eine Nachweispflicht nach der Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung), ist die Abfallanlieferung nur mit einem Entsorgungsnachweis (EN) oder einem Sammelentsorgungsnachweis (SN) zulässig.*
- (6) Die Anlieferung soll in geschlossenen Fahrzeugen erfolgen. Werden offene Fahrzeuge verwendet, so müssen die Abfälle gegen Herunterfallen gesichert sein. Erhebliche Belästigungen, insbesondere durch Geruch, Staub oder Lärm, dürfen nicht auftreten.
- (7) Sollen Abfälle auf einer Deponie abgelagert oder verwertet werden, so hat die Abfallerzeugerin oder der Abfallerzeuger, bei Sammelentsorgung die Sammlerin oder der Sammler, der Deponiebetreiberin oder dem Deponiebetreiber vor der Anlieferung die grundlegende Charakterisierung des Abfalls mit den in § 8 DepV genannten Angaben vorzulegen. Die Deponiebetreiberin oder der Deponiebetreiber hat das Recht Abfälle zurückzuweisen, wenn diese Angaben nicht gemacht werden.

* Aus §§ 50 Abs. 1 Satz 1 und 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KrWG ergibt sich nur eine Pflicht zur Führung von Entsorgungs- bzw. Sammelentsorgungsnachweisen und Begleit- bzw. Übernahmescheinen, wenn gefährliche Abfälle entsorgt werden oder die Nachweisführung fakultativ von der zuständigen Behörde angeordnet wurde (vgl. auch § 2 NachwV). Diese Nachweise sind seit dem 1. April 2010 grundsätzlich in elektronischer Form zu führen. Aus § 49 Abs. 1 KrWG ergibt sich, dass der Abfallentsorger ein Register über die Anlieferung auch solcher Abfälle führen muss, die nicht nachweispflichtig sind (siehe § 23 NachwV). Nicht nachweispflichtig sind in erster Linie die nicht gefährlichen Abfälle. Mindestanforderungen an die Form der Entsorgerregister bei nicht nachweispflichtigen Abfällen ergeben sich aus § 24 Abs. 4 NachwV. Ggf. kann zur Vorabkontrolle der Abfälle im Blick auf die Anlagenzulassung eine eigene Entsorgungszulassung eingeführt werden, deren Verfahren in der Abfallwirtschaftssatzung näher zu bestimmen ist.

IV. H ä r t e f ä l l e

§ 20 Befreiungen

- (1) Der Landkreis kann im Einzelfall auf Antrag von den Bestimmungen über die Art und Weise der Überlassung Befreiung erteilen, wenn die Durchführung einer Vorschrift zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.
- (2) Die Befreiung darf nur auf Zeit oder auf Widerruf erteilt werden. Eine auf Zeit erteilte Befreiung kann vor Ablauf der Zeit aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit widerrufen werden.

Fassung: Haushaltstarif (HT)

V. B e n u t z u n g s g e b ü h r e n

§ 21 (HT) Grundsatz, Umsatzsteuer

- (1) Der Landkreis erhebt zur Deckung seiner Kosten für die Entsorgung von Abfällen Benutzungsgebühren.
- (2) Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu diesen noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

§ 22 (HT) Gebührensschuldner

- (1) Gebührensuldnerin oder -schuldner für die Gebühren nach § 23 sind die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2. Die Gebühr begründet nicht nur eine persönliche Haftung der Gebührensuldnerin / des Gebührensuldners oder der Gebührensuldnerinnen und -schuldner, sondern liegt wegen ihrer Grundstücksbezogenheit zugleich als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (2) Gebührensuldnerin oder -schuldner für die Gebühren nach § 24 ist die- oder derjenige, bei der oder dem die Abfälle angefallen sind. Ist diese oder dieser nicht bestimmbar, ist die oder der Anliefernde Gebührensuldnerin oder -schuldner. Dies gilt insbesondere dann, wenn

der oder die Anliefernde Abfälle verschiedener Auftraggeberinnen und Auftraggeber zusammengeführt hat.

- (3) Mehrere Gebührenschuldnerinnen oder -schuldner sind Gesamtschuldnerinnen oder -schuldner.
- (4) Soweit der Landkreis die Bemessungsgrundlagen für die Gebühr nicht ermitteln oder berechnen kann, schätzt er sie. Dabei werden alle Umstände berücksichtigt, die für die Schätzung von Bedeutung sind.
- (5) Die Gemeinden teilen dem Landkreis die zur Gebührenerhebung notwendigen Daten mit. Die Gebührenschuldnerinnen oder -schuldner werden darüber mit dem Abfallgebührenbescheid unterrichtet.

§ 23 (HT)
Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen,
die der Landkreis einsammelt

- (1) Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen werden als Jahresgebühr und als Behältergebühr erhoben.
- (2) Die Jahresgebühr wird nach der Zahl der zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld (§ 25 Abs. 2) zu einem Haushalt gehörenden Personen bemessen. Einen Haushalt bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt. Als Haushalt gelten auch die einzelnen Mitglieder von Wohngemeinschaften und Untermieter sowie Wohnheimbewohner, wenn sie allein wirtschaften.

Die Jahresgebühren betragen jährlich bei

Zahl der Haushaltsangehörigen	EUR
.....
.....
.....

- (3) (entfällt)
- (4) Die Behältergebühr bemisst sich nach der Zahl und der Größe der angemeldeten Abfallgefäße:

Behältervolumen	Restabfallbehälter	Biotonne
-----------------	--------------------	----------

bis zu	EUR	EUR
..... l
..... l
..... l

Die Gebühr für die Benutzung der vom Landkreis zugelassenen Abfallsäcke (§ 12 Abs. 8) beträgt je Sack mit l Füllraum EUR.

- (5) Die Benutzungsgebühren für die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen, werden als Jahresgebühr und als Behältergebühr erhoben. Die Jahresgebühr beträgt EUR.* Die Behältergebühr bemisst sich nach der Zahl und der Größe der angemeldeten Abfallgefäße:

Behältervolumen	Restabfallbehälter	Biotonne	Biotonne - umsatzsteu- erpflichtige Leistung
bis zu	EUR	EUR	EUR
..... l
..... l
..... l

- (6) Bei gemischt genutzten Grundstücken werden neben den Benutzungsgebühren nach Absatz 2 und Absatz 4 zusätzlich Gebühren nach Absatz 5 erhoben. Wird kein zusätzlicher Abfallbehälter für gewerbliche Siedlungsabfälle bereitgestellt, wird nur die Jahresgebühr nach Absatz 5 erhoben.

* Wenn nicht lediglich eine Bagatellgebühr erhoben wird, ist eine Differenzierung (z. B. nach Nutzfläche, Einwohnergleichwerten oder Zahl der Beschäftigten) zu empfehlen.

§ 24 (HT)
Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen

- (1) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen werden die Gebühren nach dem Gewicht der angelieferten Abfälle bemessen. Ist ein Wiegen nicht möglich, werden die Gebühren nach dem Volumen der angelieferten Abfälle bemessen. Sie betragen

bei der Anlieferung von	wenn die Abfälle	gewogen werden	im übrigen
		je Tonne	je angefangenen cbm
		EUR	EUR

Hausmüll (§ 5 Abs. 2) oder hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfällen (§ 5 Abs. 4)
Sperrmüll (§ 5 Abs. 5)
sortierbaren Abfällen zur Verwertung (§ 5 Abs. 6)
Bioabfällen (§ 5 Abs. 7)
Garten- und Grünabfällen (§ 5 Abs. 8)
Schrott und Altmetall (§ 5 Abs. 9)
Bauschutt und Mineralik (§ 5 Abs. 11)
gewerblichen Siedlungsabfällen (§ 5 Abs. 3)
Park-, Friedhofs- und Landschaftspflegeabfällen (§ 5 Abs. 8)
Bodenaushub (§ 5 Abs. 12)
Baustellenabfällen (§ 5 Abs. 13)
Straßenaufbruch (§ 5 Abs. 14)
Schadstoffbelastete Abfällen (§ 5 Abs. 15)

jeden vollen Kalendermonat 1/12 der Jahresgebühr erhoben. Die Gebührenschuld wird zu je einemtel am,,, frühestens jedoch eine Woche nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig. Die Gebührenschuldnerin oder der Gebührenschuldner erhält je eine Gebührenmarke, die zur Kennzeichnung des Restabfallbehälters und der Biotonne auf die Abfallgefäße zu kleben sind.

- (3) Die Behältergebühren nach § 23 Abs. 4 und 5 sind durch den Erwerb von Gebührenmarken zu entrichten, die auf den Abfallbehälter zu kleben sind. Sie entstehen beim Erwerb der Gebührenmarken und sind sofort zur Zahlung fällig. Werden zusätzliche Gebührenmarken nach dem 1. Januar erworben, wird für jeden vollen Monat 1/12 der Gebühr nach § 23 Abs. 4 und 5 erhoben.
- (4) Die Gebühren für die Benutzung von Abfallsäcken entstehen bei deren Erwerb und sind sofort zur Zahlung fällig.
- (5) Bei sonstigen Gebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung. Gebühren bis zu EUR im Einzelfall werden mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides, höhere Gebühren ... Wochen nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
- (5a) Hat die Gebührenschuldnerin oder der Gebührenschuldner dem Landkreis eine Ermächtigung zum Einzug der Gebühr nach § 23 erteilt, so ermäßigt sich die Gebühr pro Einzugsvorgang um ... EUR.
- (6) Der Landkreis beauftragt die, die Gebühren zu berechnen, die Gebührenbescheide auszufertigen und zu versenden, Gebühren entgegenzunehmen und an den Landkreis abzuführen, Nachweise darüber für den Landkreis zu führen sowie die erforderlichen Daten zu verarbeiten und die verarbeiteten Daten dem Landkreis mitzuteilen.

§ 26 (HT)

Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

- (1) Treten im Laufe des Jahres Änderungen bei den Bemessungsgrundlagen ein, wird die Gebühr, beginnend mit dem 1. Tag des auf die Änderung folgenden Kalendermonats, neu festgesetzt.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit dem Ende des Benutzungsverhältnisses.
- (3) Zuviel entrichtete Gebühren werden erstattet. Ist der Erstattungsbetrag niedriger als 5 €, wird von der Erstattung abgesehen, es sei denn, sie wird beantragt.

Fassung: Gefäßtarif (GT)

V. B e n u t z u n g s g e b ü h r e n *

** Hinweis auf die Novellierung des Kommunalabgabengesetzes (KAG), welches z.B. eine Einheitsgebühr für Bio- und Restmüll vorsieht.*

§ 21 (GT)

Grundsatz, Umsatzsteuer

- (1) Der Landkreis erhebt zur Deckung seiner Kosten für die Entsorgung von Abfällen Benutzungsgebühren.
- (2) Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu diesen noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

§ 22 (GT)

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensuldnerin oder -schuldner für Gebühren nach § 23 sind die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2. Die Gebühr begründet nicht nur eine persönliche Haftung der Gebührensuldnerin / des Gebührensuldners oder der Gebührensuldnerinnen und -schuldner, sondern liegt wegen ihrer Grundstücksbezogenheit zugleich als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (2) Gebührensuldnerin oder -schuldner für die Gebühren nach § 24 ist die- oder derjenige, bei der oder dem die Abfälle angefallen sind. Ist diese oder dieser nicht bestimmbar, ist die oder der Anliefernde Gebührensuldnerin oder -schuldner. Dies gilt insbesondere dann, wenn die oder der Anliefernde Abfälle verschiedener Auftraggeberinnen und Auftraggeber zusammengeführt hat.
- (3) Mehrere Gebührensuldnerinnen oder -schuldner sind Gesamtsuldnerinnen oder -schuldner.
- (4) Soweit der Landkreis die Bemessungsgrundlagen für die Gebühr nicht ermitteln oder berechnen kann, schätzt er sie. Dabei werden alle Umstände berücksichtigt, die für die Schätzung von Bedeutung sind.

- (5) Die Städte und Gemeinden teilen den Landkreisen die zur Gebührenerhebung notwendigen Daten mit. Die Gebührenschuldnerinnen oder -schuldner werden darüber mit dem Abfallgebührenbescheid unterrichtet.

§ 23 (GT)
Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen,
die der Landkreis einsammelt

- (1) Die Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen werden als Behältergebühren erhoben.
- (2) Die Behältergebühren werden nach der Zahl und der Größe der Abfallgefäße bemessen. Sie betragen jährlich

bei einem Behältervolumen bis zu	Restabfallbehälter EUR	Biotonne EUR
..... l
..... l
..... l

- (3) (entfällt)
- (4) Die Gebühr für die Benutzung der vom Landkreis zugelassenen Abfallsäcke (§ 12 Abs. 8) beträgt je Sack mit l Füllraum EUR.
- (5) Die Benutzungsgebühren für die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen, werden nach der Zahl und der Größe der Abfallgefäße bemessen. Sie betragen jährlich bei einem

Behältervolumen bis zu	Restabfallbehälter EUR	Biotonne EUR	Biotonne - umsatzsteu- erpflichtige Leistung EUR
..... l
..... l
..... l

- (6) Bei gemischt genutzten Grundstücken werden neben Benutzungsgebühren nach Absatz 2 Gebühren nach Absatz 5 erhoben; wird kein zusätzlicher Abfallbehälter bereitgestellt, wird eine Mindestgebühr von EUR erhoben.

§ 24 (GT)

Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen

- (1) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen werden die Gebühren nach dem Gewicht der angelieferten Abfälle bemessen. Ist ein Wiegen nicht möglich, werden die Gebühren nach dem Volumen der angelieferten Abfälle bemessen. Sie betragen

bei der Anlieferung von	wenn die Abfälle gewogen werden je Tonne EUR	im Übrigen je angefan- genen cbm EUR
-------------------------	---	---

Hausmüll (§ 5 Abs. 2) oder hausmüllähnliche gewerbliche Siedlungsabfällen (§ 5 Abs. 4)
Sperrmüll (§ 5 Abs. 5)
sortierbaren Abfällen zur Verwertung (§ 5 Abs. 6)
Bioabfällen (§ 5 Abs. 7)
Garten- und Grünabfällen (§ 5 Abs. 8)
Schrott und Altmetall (§ 5 Abs. 9)
Bauschutt und Mineralik (§ 5 Abs. 11)
gewerblichen Siedlungsabfällen (§ 5 Abs. 3)
Park-, Friedhofs- und Landschaftspflegeabfällen (§ 5 Abs. Nr. 8)
Bodenaushub (§ 5 Abs. 12)

Baustellenabfällen (§ 5 Abs. 13)
Straßenaufbruch (§ 5 Abs. 14)
Schadstoffbelastete Abfällen (§ 5 Abs. 15)
schlammförmigen Stoffen mit einem Wassergehalt von weniger als %

Hinweis: Für die Anlieferung von Abfällen, für die keine gesetzliche Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger besteht, müssen zusätzliche Gebührensätze für umsatzsteuerpflichtige Leistungen aufgenommen werden. Dies betrifft insbesondere Abfälle zur Verwertung aus dem sonstigen Herkunftsbereich als privaten Haushalten.

- (2) Für die Anlieferung von Kleinmengen aus Haushaltungen bis 0,5 cbm wird eine Gebühr von EUR erhoben.
- (3) Soweit die Entsorgung angelieferter Abfälle einen das übliche Maß übersteigenden Aufwand erfordert, weil z. B. eine Zwischenlagerung oder Wiederbeladung erforderlich ist, werden zu den genannten Gebühren Zuschläge in Höhe der Mehrkosten berechnet. Diese Zuschläge betragen für zusätzlichen Personaleinsatz je angefangene Arbeitsstunde und für zusätzlichen Maschineneinsatz EUR je angefangene Stunde. Für umsatzsteuerpflichtige Leistungen betragen die Zuschläge für zusätzlichen Personaleinsatz EUR je angefangene Arbeitsstunde und für zusätzlichen Maschineneinsatz EUR je angefangene Stunde.

§ 25 (GT)

Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses; Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Das Benutzungsverhältnis beginnt nach der Anmeldung oder Anzeige gemäß § 8 Abs. 2 oder 3
1. mit der erstmaligen Übergabe oder Übersendung der Gebührenmarke(n) / Bereitstellung des Abfallbehälters (mit oder ohne Transponder) oder
 2. im Falle einer Behältergemeinschaft nach § 12 Abs. 5 einen Monat nach Eingang des Mitbenutzungsantrags, wenn dieser nicht vor Ablauf dieser Frist abgelehnt wird, jedoch nicht, bevor der mitbenutzte Behälter nach Nummer 1 bereitgestellt wurde,
- soweit sich nicht durch eine erstmalige tatsächliche Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung ein früherer Zeitpunkt ergibt. Das Benutzungsverhältnis endet

mit der schriftlichen Abmeldung und der Rückgabe der gültigen Gebührenmarke/ des Abfallbehälters oder der schriftlichen Mitteilung, dass die Behältergemeinschaft nicht mehr besteht.

- (2) Die Behältergebühren (§ 23 Abs. 2) sowie die Mindestgebühren (§ 23 Abs. 6) werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Bei diesen Gebühren entsteht die Gebührenschild jeweils am 1. Januar. Beginnt das Benutzungsverhältnis im Laufe des Jahres, so entsteht die Gebührenschild mit dem ersten Tag des auf den Beginn des Benutzungsverhältnisses folgenden Kalendermonats. In diesen Fällen wird für jeden vollen Kalendermonat 1/12 der Jahresgebühr erhoben. Die Gebührenschild wird zu je einemtel am,,, frühestens jedoch eine Woche nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig. Die Gebührenschildnerin oder der Gebührenschildner erhält je eine Gebührenmarke, die zur Kennzeichnung des Restabfallbehälters und der Biotonne auf die Abfallgefäße zu kleben sind.
- (3) Sonstige Behältergebühren nach § 23 Abs. 2 und 5 sind durch den Erwerb zusätzlicher Gebührenmarken zu entrichten, die auf die Abfallgefäße zu kleben sind. Sie entstehen beim Erwerb der Gebührenmarken und sind sofort zur Zahlung fällig. Werden zusätzliche Gebührenmarken im Laufe des Jahres erworben, wird für jeden vollen Monat 1/12 der Gebühr nach § 23 Abs. 2 und 5 erhoben.
- (4) Die Gebühren für die Benutzung von Abfallsäcken entstehen bei deren Erwerb und sind sofort zur Zahlung fällig.
- (5) Bei sonstigen Gebühren entsteht die Gebührenschild mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung. Gebühren bis zu EUR im Einzelfall werden mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides, höhere Gebühren ... Wochen nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
- (5a) Hat die Gebührenschildnerin oder der Gebührenschildner dem Landkreis eine Ermächtigung zum Einzug der Gebühr nach § 23 erteilt, so ermäßigt sich die Gebühr pro Einzugsvorgang um ... EUR.
- (6) Der Landkreis beauftragt, die Gebühren zu berechnen, die Gebührenbescheide auszufertigen und zu versenden, Gebühren entgegenzunehmen und an den Landkreis abzuführen, Nachweise darüber für den Landkreis zu führen sowie die erforderlichen Daten zu verarbeiten und die verarbeiteten Daten dem Landkreis mitzuteilen.

§ 26 (GT)

Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

- (1) Treten im Laufe des Jahres Änderungen bei den Bemessungsgrundlagen ein, wird die Gebühr, beginnend mit dem 1. Tag des auf die Änderung folgenden Kalendermonats, neu festgesetzt.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit dem Ende des Benutzungsverhältnisses.
- (3) Zuviel entrichtete Gebühren werden erstattet. Ist der Erstattungsbetrag niedriger als 5 €, wird von der Erstattung abgesehen, es sei denn, sie wird beantragt.

Fassung: Grundstücksbezogener Personentarif (GPT)

V. B e n u t z u n g s g e b ü h r e n

§ 21 (GPT)

Grundsatz, Umsatzsteuer

- (1) Der Landkreis erhebt zur Deckung seiner Kosten für die Entsorgung von Abfällen Benutzungsgebühren.
- (2) Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu diesen noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe.

§ 22 (GPT)

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensuldnerin oder -schuldner für die Gebühren nach § 23 Abs. 1 sind die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2. Die Gebühr begründet nicht nur eine persönliche Haftung der Gebührensuldnerin / des Gebührensuldners oder der Gebührensuldnerinnen und -schuldner, sondern liegt wegen ihrer Grundstücksbezogenheit zugleich als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (2) Gebührensuldnerin oder -schuldner für die Gebühren nach § 23 Abs. 5 sind die Berechtigten und Verpflichteten nach § 3 Abs. 1 und 2. Die Gebühr begründet nicht nur eine persönliche Haftung der Gebührensuldnerin / des Gebührensuldners oder der Gebührensuldnerinnen und -schuldner, sondern liegt wegen ihrer Grundstücksbezogenheit zugleich als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (3) Gebührensuldnerin oder -schuldner für die Gebühren nach § 24 ist die- oder derjenige, bei der oder dem die Abfälle angefallen sind. Ist diese oder dieser nicht bestimmbar, ist die oder der Anliefernde Gebührensuldnerin oder -schuldner. Dies gilt insbesondere dann, wenn die oder der Anliefernde Abfälle verschiedener Auftraggeberinnen und Auftraggeber zusammengeführt hat.
- (4) Mehrere Gebührensuldnerinnen oder -schuldner sind Gesamtsuldnerinnen oder -schuldner.
- (5) Soweit der Landkreis die Bemessungsgrundlagen für die Gebühr nicht ermitteln oder berechnen kann, schätzt er sie. Dabei werden alle Umstände berücksichtigt, die für die Schätzung von Bedeutung sind.

- (6) Die Städte und Gemeinden teilen den Landkreisen die zur Gebührenerhebung notwendigen Daten mit. Die Gebührenschuldner werden darüber mit dem Abfallgebührenbescheid unterrichtet.

§ 23 (GPT)
Benutzungsgebühren für die Entsorgung von Abfällen,
die der Landkreis einsammelt

- (1) Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen werden als Jahresgebühr und als Entleerungsgebühr erhoben.
- (2) Die Jahresgebühren werden nach der Zahl der zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld (§ 25 Abs. 2) tatsächlich auf dem Grundstück wohnenden Personen bemessen. Sie betragen jährlich bei

Personen	EUR
.....
.....
.....

Für bewohnbare, aber nicht bewohnte Grundstücke, denen ein Restabfallbehälter zugeteilt ist, werden Gebühren nach Absatz 5 erhoben.

- (3) (entfällt)
- (4) Die Entleerungsgebühr wird nach dem Behältervolumen und der Zahl der erfolgten Entleerungen bemessen. Sie beträgt je Leerung

bei einem Behältervolumen von	Restabfallbehälter EUR	Biotonne EUR
..... l
..... l
..... l

Die Gebühr für die Benutzung der vom Landkreis zugelassenen Abfallsäcke (§ 12 Abs. 8) beträgt je Sack mit l Füllraum EUR.

- (5) Die Gebühren für die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen, werden als Jahresgebühr sowie als Entleerungsgebühr erhoben. Die Jahresgebühren betragen jährlich je Restabfallbehälter

bei einem Behältervolumen	
von	EUR
..... l
..... l
..... l

Zusätzlich werden Entleerungsgebühren nach Absatz 4 erhoben.

- (6) Bei gemischt genutzten Grundstücken werden neben den Benutzungsgebühren nach Absatz 2 und Absatz 4 zusätzlich Gebühren nach Absatz 5 erhoben; wird kein zusätzlicher Restabfallbehälter bereitgestellt, wird eine Mindestgebühr von EUR erhoben.

§ 24 (GPT)

Gebühren bei der Selbstanlieferung von Abfällen

- (1) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen werden die Gebühren nach dem Gewicht der angelieferten Abfälle bemessen. Ist ein Wiegen nicht möglich, werden die Gebühren nach dem Volumen der angelieferten Abfälle bemessen. Sie betragen

bei der Anlieferung von	wenn die Abfälle gewogen werden je Tonne EUR	im übrigen je anfan- genen cbm EUR
-------------------------	---	---

Hausmüll (§ 5 Abs. 2) oder hausmüllähnlichen gewerblichen Siedlungsabfällen (§ 5 Abs. 4)
Sperrmüll (§ 5 Abs. 5)
sortierbaren Abfällen zur Verwertung (§ 5 Abs. 6)
Bioabfällen (§ 5 Abs. 7)
Garten- und Grünabfällen (§ 5 Abs. 8)
Schrott und Altmetall (§ 5 Abs. 9)
Bauschutt und Mineralik (§ 5 Abs. 11)

gewerblichen Siedlungsabfällen (§ 5 Abs. 3)
Park-, Friedhofs- und Landschafts- pflegeabfällen (§ 5 Abs. 8)
Bodenaushub (§ 5 Abs. 12)
Baustellenabfällen (§ 5 Abs. 13)
Straßenaufbruch (§ 5 Abs. 14)
Schadstoffbelastete Abfällen (§ 5 Abs. 15)
schlammförmigen Stoffen mit einem Wassergehalt von weniger als %

Hinweis: Für die Anlieferung von Abfällen, für die keine gesetzliche Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger besteht, müssen zusätzliche Gebührensätze für umsatzsteuerpflichtige Leistungen aufgenommen werden. Dies betrifft insbesondere Abfälle zur Verwertung aus dem sonstigen Herkunftsbereich als privaten Haushalten.

- (2) Für die Anlieferung von Kleinmengen aus Haushaltungen bis 0,5 cbm wird eine Gebühr von EUR erhoben.
- (3) Soweit die Entsorgung angelieferter Abfälle einen das übliche Maß übersteigenden Aufwand erfordert, weil z. B. eine Zwischenlagerung oder Wiederbeladung erforderlich ist, werden zu den genannten Gebühren Zuschläge in Höhe der Mehrkosten berechnet. Diese Zuschläge betragen für zusätzlichen Personaleinsatz EUR je angefangene Arbeitsstunde und für zusätzlichen Maschineneinsatz EUR je angefangene Stunde. Für umsatzsteuerpflichtige Leistungen betragen die Zuschläge für zusätzlichen Personaleinsatz EUR je angefangene Arbeitsstunde und für zusätzlichen Maschineneinsatz EUR je angefangene Stunde.

§ 25 (GPT)

Beginn und Ende des Benutzungsverhältnisses; Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Das Benutzungsverhältnis beginnt nach der Anmeldung oder Anzeige gemäß § 8 Abs. 2 oder 3
1. mit der erstmaligen Übergabe oder Übersendung der Gebührenmarke(n) / Bereitstellung des Abfallbehälters (mit oder ohne Transponder) oder
 2. im Falle einer Behältergemeinschaft nach § 12 Abs. 5 einen Monat nach Eingang des Mitbenutzungsantrags, wenn dieser nicht vor Ablauf dieser Frist abgelehnt wird, jedoch nicht, bevor der mitbenutzte Behälter nach Nummer 1 bereitgestellt wurde,
- soweit sich nicht durch eine erstmalige tatsächliche Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung ein früherer Zeitpunkt ergibt. Das Benutzungsverhältnis endet mit der schriftlichen Abmeldung und der Rückgabe der gültigen Gebührenmarke/ des Abfallbehälters oder der schriftlichen Mitteilung, dass die Behältergemeinschaft nicht mehr besteht.
- (2) Die Jahresgebühren (§ 23 Abs. 2) und die Mindestgebühren (§ 22 Abs. 6) werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Bei diesen Gebühren entsteht die Gebührenschuld jeweils am 1. Januar. Beginnt das Benutzungsverhältnis im Laufe des Jahres, so entsteht die Gebührenschuld mit dem ersten Tag des auf den Beginn des Benutzungsverhältnisses folgenden Kalendermonats. In diesen Fällen wird für jeden vollen Kalendermonat 1/12 der Jahresgebühr erhoben. Die Gebührenschuld wird zu je einem ...tel am,,, frühestens jedoch eine Woche nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
- (3) Die Gebührenschuld für die Leerungsgebühren nach § 23 Abs. 4 entsteht mit jeder Leerung des Abfallbehälters mit Transponder. Unabhängig von der Zahl der tatsächlich in Anspruch genommenen Leerungen werden je Abfallgefäß nach § 12 Abs. 1 Nr. 3 (Restabfallbehälter) Leerungsgebühren für ... Leerungen und je Abfallgefäß nach § 12 Abs. 1 Nr. 2 (Biotonne) Leerungsgebühren für ...Leerungen erhoben (Mindestleerungen). Für die Leerungsgebühren werden für das jeweilige Kalenderjahr Vorauszahlungen entsprechend der Zahl der Leerungen im Vorjahr erhoben. Der erstmaligen Erhebung von Vorauszahlungen wird die Zahl der Mindestleerungen nach Satz 2 / werden folgende Leerungszahlen zugrunde gelegt.Beginnt das Benutzungsverhältnis im Laufe eines Jahres, reduzieren sich die Mindestleerungen und die Vorauszahlungen entsprechend der Zahl der verbleibenden vollen Monate. Die Leerungsgebühren für die Mindestleerungen und die Vorauszahlungen werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Sie sind zu je einem ...tel am,, ... und ... zur Zahlung fällig, frühestens jedoch eine Woche nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids. Die Abrechnung der Leerungen und Vorauszahlungen erfolgt im Folgejahr durch Gebührenbescheid. Nicht beanspruchte Mindestleerungen werden nicht erstattet. Gebührenerstattungen und Gebührenerstattungen sind nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.

Alternative für Banderolen:

Die Gebührenschuld für die Leerungsgebühren nach § 23 Abs. 4 entsteht beim Erwerb der Banderolen. Die Gebühren sind sofort zur Zahlung fällig. Gebühren für nicht verbrauchte Banderolen werden auf Antrag erstattet.

- (4) Die Gebühren für die Benutzung von Abfallsäcken entstehen bei deren Erwerb und sind sofort zur Zahlung fällig.
- (5) Bei sonstigen Gebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung. Gebühren bis zu EUR im Einzelfall werden mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides, höhere Gebühren ... Wochen nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
- (5a) Hat die Gebührenschuldnerin oder der Gebührenschuldner dem Landkreis eine Ermächtigung zum Einzug der Gebühr nach § 23 erteilt, so ermäßigt sich die Gebühr pro Einzugsvorgang um ... EUR.
- (6) Der Landkreis beauftragt, die Gebühren zu berechnen, die Gebührenbescheide auszufertigen und zu versenden, Gebühren entgegenzunehmen und an den Landkreis abzuführen, Nachweise darüber für den Landkreis zu führen sowie die erforderlichen Daten zu verarbeiten und die verarbeiteten Daten dem Landkreis mitzuteilen.

** z. B. Kennzeichnung des Behälters (Aufkleber, Chip), Übersendung eines Berechtigungsausweises.*

§ 26 (GPT)

Änderungen in der Gebührenpflicht und Gebührenerstattung

- (1) Treten im Laufe des Jahres Änderungen bei den Bemessungsgrundlagen ein, wird die Gebühr, beginnend mit dem 1. Tag des auf die Änderung folgenden Kalendermonats, neu festgesetzt.
- (2) Die Gebührenpflicht endet mit dem Ende des Benutzungsverhältnisses.
- (3) Zuviel entrichtete Gebühren werden erstattet. Ist der Erstattungsbetrag niedriger als 5 €, wird von der Erstattung abgesehen, es sei denn, sie wird beantragt.

VI. Sonderregelungen für Gemeinden, denen der Landkreis die Aufgabe des Einsammelns und Beförderns der Abfälle übertragen hat (§ 2 Abs. 6)

§ 27

Pflicht zur Überlassung der Abfälle

Die in § 2 Abs. 6 genannten Gemeinden sind verpflichtet, die innerhalb ihres Gemeindegebietes angefallenen und ihnen überlassenen Abfälle zu den vom Landkreis bestimmten Abfallentsorgungseinrichtungen zu verbringen und dort dem Landkreis zur Entsorgung zu überlassen, soweit sie nicht nach § 2 Abs. 6 für die Verwertung von Bio- und Grünabfällen, die Entsorgung von Klärschlamm oder die Entsorgung von Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch selbst zuständig sind.

§ 28

Abgabe für die Entsorgung der von den Gemeinden nach § 2 Abs. 6 eingesammelten Abfälle

- (1) Der Landkreis erhebt zur Deckung seiner Kosten für die Entsorgung von Abfällen aus Gemeinden, welche die Abfälle selbst einsammeln, befördern und zu den Abfallentsorgungseinrichtungen des Landkreises verbringen (§ 2 Abs. 6), eine Abgabe.
- (2) Die Abgabe wird nach dem Gewicht der angelieferten Abfälle bemessen. Ist ein Wiegen nicht möglich, wird die Abgabe nach dem Volumen der angelieferten Abfälle bemessen. Die Abgabe beträgt bei Hausmüll,

- wenn die Abfälle gewogen werden je Tonne EUR,

- ansonsten je angefangenen cbm EUR.

Im Übrigen gelten die Gebührensätze des § 24 Abs. 1 entsprechend.

Hinweis: Für die Anlieferung von Abfällen, für die keine gesetzliche Überlassungspflicht an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger besteht, müssen zusätzliche Gebührensätze für umsatzsteuerpflichtige Leistungen aufgenommen werden. Dies betrifft insbesondere Abfälle zur Verwertung aus dem sonstigen Herkunftsbereich als privaten Haushalten.

- (3) Soweit die Leistungen, die der in dieser Satzung festgelegten Abgabe zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu dieser noch die jeweils gültige Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

§ 29

Abgabeschuldnerinnen, Entstehung und Fälligkeit der Abgabeschuld

- (1) Abgabeschuldnerinnen für die Abgabe nach § 28 sind die Gemeinden, welche die von ihnen eingesammelten Abfälle dem Landkreis zur weiteren Entsorgung überlassen.
- (2) Die Abgabe wird durch Bescheid festgesetzt.
- (3) Die Abgabeschuld entsteht mit der Überlassung der Abfälle an den Landkreis. Die Abgabe wird Wochen nach Bekanntgabe des Bescheids zur Zahlung fällig.

VII. S c h l u s s b e s t i m m u n g e n

§ 30

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig* nach § 28 Abs. 1 Nr. 1 LKreiWiG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. als Berechtigte oder Verpflichtete oder Berechtigter oder Verpflichteter oder als Anliefernde oder Anliefernder entgegen § 4 Abs. 6 nicht gewährleistet, dass die nach § 4 Abs. 1 oder 2 oder nach § 8 Abs. 4 ausgeschlossenen Stoffe nicht dem Landkreis zur Entsorgung überlassen werden,
 2. den Auskunfts- und Nachweispflichten nach § 6 Abs. 1 nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder mit unrichtigen Angaben nachkommt oder dem Beauftragten des Landkreises entgegen § 6 Abs. 3 den Zutritt verwehrt,
 3. entgegen §§ 9, 11 oder 15 Satz 2 getrennt bereitzustellende oder getrennt zu Sammelbehältern / stationären Sammelstellen zu bringende Abfälle anders als in der vorgeschriebenen Weise bereitstellt oder anliefert,
 4. entgegen § 10 Abfälle anders als dort vorgeschrieben entsorgt, soweit der Verstoß nicht nach § 326 StGB strafbar ist,
 5. als Verpflichtete oder Verpflichteter entgegen § 12 Abs. 1, 2, 4, 5, 6 oder 7 Abfallgefäße nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Zahl oder Größe beschafft, unterhält, vorhält oder zurückgibt,
 6. entgegen § 12 Abs. 3 die Gebührenmarke nicht am Abfallbehälter oder an der Biotonne anbringt,
 7. als Berechtigte oder Verpflichtete oder Berechtigter oder Verpflichteter entgegen § 13 Abs. 2, 3 oder 4, auch in Verbindung mit § 14 Abs. 2 und 3, Abfallgefäße oder sperrige Abfälle nicht in der vorgeschriebenen Weise bereitstellt,
 8. entgegen § 2 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 und § 18 Abs. 1 Abfälle, die außerhalb des Landkreises angefallen sind, auf einer Entsorgungsanlage des Landkreises ohne dessen ausdrücklicher Zustimmung anliefert oder ablagert oder eine solche unerlaubte Anlieferung oder Ablagerung veranlasst,

9. als Berechtigte oder Verpflichtete oder Berechtigter oder Verpflichteter oder Beauftragte oder Beauftragter entgegen § 19 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 oder 4 Abfälle anliefert.

Die Ordnungswidrigkeiten nach Satz 1 können gemäß § 28 Abs. 2 LKreiWiG mit einer Geldbuße geahndet werden.

- (2) Ordnungswidrig nach § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig den Auskunftspflichten nach § 6 Abs. 1 nicht nachkommt und es dadurch ermöglicht, eine Abgabe zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung).
- (3) Andere Straf- und Bußgeldvorschriften, insbesondere § 326 Abs. 1 StGB sowie § 69 Abs. 1 und 2 KrWG, bleiben unberührt.

** Die Ordnungswidrigkeiten-Tatbestände sind an die jeweiligen Satzungsbestimmungen anzupassen.*

§ 31

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises vom außer Kraft.

Hinweis für die öffentliche Bekanntmachung der Satzung:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LKrO) oder aufgrund der LKrO beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 3 Abs. 4 LKrO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Landkreis geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.